

## **Niederschrift**

über die Sitzung (öffentlicher Teil)  
**des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft**  
am Donnerstag, **04.07.2013**, 17:05 Uhr - 21:40 Uhr,  
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

### **von der CDU-Fraktion**

Heinz Georg Buddenbäumer bis 20:45 Uhr, Georg Fehlauer , Ludger Janning , Andreas Nicklas , Robert Otte , Walter von Gökels ,

### **von der SPD-Fraktion**

Thomas Fastermann , Inge Jachmann , Mathias Kersting , Kurt Pölling , Maria Winkel ,

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Helga Bennink , Carsten Peters , Reinhard Scholz ,

### **von Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Christine Schulz ,

### **von der FDP-Fraktion**

Jürgen Reuter , Dietmar Uhlenbrock ,

### **auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.**

Rüdiger Sagel ,

### **Sachkundige Einwohner/innen**

Dr. Gerhard Bonn , Andreas Krys , Heinrich Möllers , Franz-Josef Sauer , Christoph Thiel , Dr. Georgios Tsakalidis , Christina Wienhues , Detlef Wolff ,

### **von der Verwaltung**

Reinhard Adams , Karl-Heinz Althues , Ralf Bragard , Dietmar König , Jörg Krause , Tobias Krause-Kämereit , Dirk Lohaus , Michael Milde , Marion Philipp , Andreas Pott , Gerhard Rüller , Christian Schowe , Hartwig Schultheiß bis 19:30 Uhr, Achim Specht , Andreas Thiel , Siegfried Thielen , Detlef Weigt , Gerhard Witt ,

### **für die Schriftführung**

Thomas Schulze Schwienhorst ,

**Gäste:**

Justizministerium NRW – Herr Fassbender

Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW – Herr Vieth, Herr Niehoff, Herr Sinawa,

**nichtöffentlicher Sitzungsteil**

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft am 04.07.2013

**Tagesordnung****Öffentliche Sitzung**

- 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**
  - 2. Genehmigung der Tagesordnung**
    - 2.1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.
  - 3. Mitteilungen der Verwaltung**
  - 4. Anträge und Eingaben**
    - 4.1. Bekanntgabe
    - 4.2. Stellungnahmen
  - 5. Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft**
    - 5.1. Standortsuche für den Neubau der JVA Münster - Zwischenbericht des BLB
    - 5.2. Stadtregionale Zusammenarbeit in der Stadtregion Münster: Rückblick, Sachstand und Perspektiven
    - 5.3. Förderung von Stadterneuerungsprojekten - Sachstand 2013 und Anträge 2014
    - 5.4. Sachstandsbericht 2013 zum Handlungskonzeptes zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2020 und Ergebnisse der Energie- und Klimabilanz 1990 - 2011
    - 5.5. Entwicklungsperspektiven für die Errichtung und Nutzung von Biogasanlagen im Stadtgebiet Münster
- V/0369/2013  
III
- V/0447/2013  
III
- V/0293/2013  
V
- V/0155/2013/1  
III

- V/0457/2013  
IV
- 5.6. Künftige Unterbringung der VHS;  
hier: Ausschluss und Vermarktungsfreigabe der Im-  
mobilie Wartburg-Hauptschule
- V/0333/2013  
III
- 5.7. Quartiersentwicklung zwischen Eisenbahnstraße und  
Friedrichstraße
- V/0177/2013  
II
- 5.8. Ankauf der Grundstücke im Bereich der York-Kaserne,  
Albersloher Weg 450 in Münster-Gremmendorf
- 6. Stadtplanung**
- V/0363/2013  
III
- 6.1. Bebauungsplan Nr. 550: Coerde - Volbachweg / Wes-  
selerweg  
Kenntnisnahme des Entwurfs
- V/0354/2013  
III
- 6.2. Bebauungsplan Nr. 556: Angellmodde - Schlesienstra-  
ße / Ostpreußenstraße  
Kenntnisnahme des Entwurfs
- V/0353/2013  
III
- 6.3. Bebauungsplan Nr. 552: Gremmendorf - Wiegandweg  
Kenntnisnahme des Entwurfs
- 6.4. neu! Brunnenweg - aktueller Stand
- 7. Verkehr**
- V/0377/2013  
III
- 7.1. Finanzielle und personelle Bedarfe zur Fortführung  
des Verkehrssicherheitsprogramms 2014 - 2017
- V/0368/2013  
III
- 7.2. Neubau Eisenbahnüberführung Heroldstraße - Aufhe-  
bung des BÜ Galgenheide
- V/0422/2013  
III
- 7.3. Planung zum Neubau des DB-Haltespunktes Roxel
- V/0292/2013  
III
- 7.4. Programm "Verbesserungen an Haltestellen" für  
2014/2015
- V/0473/2013  
III
- 7.5. Regelung zum Reisebusparken in der Vorweihnachts-  
zeit
- V/0051/2013  
III
- 7.6. Querungshilfe in Höhe Idenbrockweg / Eimermacher-  
weg zur Aufgabe des Zweirichtungsradweges auf der  
westlichen Westhoffstraße
- V/0336/2013  
III
- 7.7. Einsatz von Restrotanzeigen (Count-Down-Anzeigen)  
an Lichtsignalanlagen
- V/0341/2013  
III
- 7.8. Schmittingheide - Anregung nach § 24 GO NRW vom  
27.06.2012 (Ifd. Nr. 77/2012)
- 8. Bauvorhaben**
- 8.1. Hüfferstraße/Ecke Rishon-Le-Zion-Ring

- |                          |           |   |
|--------------------------|-----------|---|
|                          | 8.2.      | Einsteinstr. 28 - Neuerrichtung MFH nach Bestandsabriss   |
|                          | 8.3.      | Koldering 59 - Abbruch und Neubau eines Studentenwohnheims  |
|                          | <b>9.</b> | <b>Verschiedenes</b>  |
| <u>V/0427/2013</u><br>II | 9.1.      | Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - Bestandsaufnahme zu Standards und Richtlinien (Auszug Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft) |
| <u>V/0415/2013</u><br>II | 9.2.      | Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 1. Projektbericht zur Umsetzung (Auszug Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft)               |

Der Ausschussvorsitzende Herr Fastermann eröffnete um 17:05 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

<b>Punkt 1 der Tagesordnung</b>	<b>Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder</b>
---------------------------------	--

Es wurden keine neuen Ausschussmitglieder verpflichtet.

<b>Punkt 2 der Tagesordnung</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>
---------------------------------	-------------------------------------

Der Ausschuss beschließt einstimmig, nachfolgende TOP abzusetzen:

- |         |   |
|---------|---|
| TOP 5.4 | Sachstandsbericht 2013 zum Klimaschutzbericht 2020 - abgesetzt  |
| TOP 7.7 | „Restrotanzeigen“ - abgesetzt   |
| TOP 9.1 | Standards und Richtlinien bei Investitions- und Sanierungsmaßnahmen/Handlungsprogramm 2012 – 2017 - abgesetzt |
| TOP 9.2 | 1. Projektbericht zum Handlungsprogramm 2012 – 2017 – abgesetzt   |

Darüber hinaus beschloss der Ausschuss einstimmig, nachfolgende TOP ohne Beratung zu schieben:

- |         |   |
|---------|---|
| TOP 5.5 | „Biogasanlagen“ – ohne Beratung geschoben                           |
| TOP 5.6 | „Unterbringung VHS“ – ohne Beratung geschoben                       |
| TOP 7.1 | „Verkehrssicherheitsprogramm 2014 – 2017 – ohne Beratung geschoben  |
| TOP 7.5 | „Reisebusparken in der Vorweihnachtszeit“ – ohne Beratung geschoben |

Mit einstimmigem Beschluss wurde als neuer TOP eingefügt:

- |         |                        |
|---------|------------------------|
| TOP 6.4 | Brunnenweg - Sachstand |
|---------|------------------------|

<b>Punkt 2.1 der Tagesordnung</b>	<b>Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.</b>
-----------------------------------	--

Der Ausschuss beschloss einstimmig Verwaltungsvortrag zu folgenden TOP:

- TOP 5.7 „Quartiersentwicklung Eisenbahnstr./Friedrichstr.“ - öffentlich  
 TOP 5.8 „Ankauf York-Kaserne“  
 TOP 7.2 „Bahnübergang Galgenheide“  
 TOP 4.3 „Quartiersentwicklung Eisenbahnstr./Friedrichstr.“ – nicht-öffentlich

### **Punkt 3 der Tagesordnung**

### **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Thielen berichtete über den geplanten Freizug der Oxfordkaserne im Stadtteil Gievenbeck zum 14.11.2013. Danach soll das Areal in der zweiten Novemberhälfte – analog zur York-Kaserne – für die Öffentlichkeit im Rahmen einer Auftaktveranstaltung zum ersten Mal zur Besichtigung freigegeben werden.

Herr Schowe kündigte für die kommende Sitzung des ASSVW am 19.09.2013 den Beschluss über die Anregungen sowie den Satzungsbeschluss zum B-Plan Eschstr. an.

Herr Schowe verwies auf die an alle Mitglieder verteilte Standortbroschüre der ISG Bahnhofsviertel e.V. Letztmalig sei der ASSVW im Juni 2012 über den Sachstand im Bahnhofsviertel zum Thema „Neues Wohnen im Bestand“ mit der Vorlage V/0445/2012 informiert worden. Mit der Broschüre sollen Eigentümer und potentielle Investoren von einer Umsetzung der Quartiersentwicklung im Sinne des Leitbildes – insbesondere in den Obergeschossen als Wohnstandort – überzeugt werden.

Wirtschaftsförderung und Stadt haben Erarbeitung und Druck der Broschüre finanziell unterstützt.

Darüber hinaus berichtete Herr Schowe von der in Kooperation zwischen Stadt Münster, der WWU und der Fachhochschule geplante Veranstaltung „Höher, schneller, weiter? Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung am Beispiel der Stadt Münster“ am 19. und 20. September 2013 im Schloss der WWU. Nähere Informationen finden Sie unter <http://ifs.wwu.de/stadtentwicklung> oder tel. bei Frau Hoff-Weikart 0251-83-29433, [Soziologie.forschung@uni-muenster.de](mailto:Soziologie.forschung@uni-muenster.de) sowie bei Frau Just 0251-492-2759 [just@stadt-muenster.de](mailto:just@stadt-muenster.de).

### **Punkt 4 der Tagesordnung**

### **Anträge und Eingaben**

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragten die Prüfung von Alternativen zur Vorlage V/0047/2013 – „Grevener Straße – Umgestaltung des Straßenraumes zwischen Steinfurter Straße und Yorkring“ durch die Verwaltung.

Herr Fastermann beantrage im Namen des Ausschusses eine Zusammenstellung aller noch nicht erledigten politischen Anträge mit Bearbeitungsstand nach der Sommerpause.

### **Punkt 4.1 der Tagesordnung**

### **Bekanntgabe**

Herr Fastermann teilte den Eingang eines Schreibens der Geschäftsstelle des „Schule, Jugend, Kids & Co e.V.“ mit. Darin bittet der Verein um Unterstützung bei der Suche nach einem Ersatz-Grundstück für den Paulushof in Münster-Mecklenbeck im Bereich der Feuerwache zur Fortsetzung der offenen Jugendarbeit.

### **Punkt 4.2 der Tagesordnung**

### **Stellungnahmen**

**Punkt 5 der Tagesordnung****Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft****Punkt 5.1 der Tagesordnung****Standortsuche für den Neubau der JVA Münster  
- Zwischenbericht des BLB**

Herr Fastermann begrüßte den Leiter der BLB NRW - Niederlassung Münster - Herrn Vieth und bedankte sich für dessen Bereitschaft, dem Ausschuss einen Zwischenbericht zur Frage der Standortsuche für den Neubau der JVA Münster zu geben.

Herr Vieth verwies auf die vorangegangene, umfangreiche Präsentation des geplanten Vorhabens in der lokalen Politik und Öffentlichkeit und die sich daraus ergebenden Fragen an den Planungsträger. Diese gelte es zunächst zu prüfen und in der gebotenen Sorgfalt zu beantworten. Unter anderem seien folgende Themenfelder berührt:

- Größe des Baufeldes / Flächenbedarf
- Biotope im Suchraum / ausstehende Gutachten
- Hydrogeologie / Grundwasser
- Erschließung / Wegebau / Belastung der Warendorfer Str.
- Ausgleichsflächen/-maßnahmen
- Emissionen (Licht bei Nacht)
- Regionalplanänderung
- Wirtschaftlichkeitsprüfung
- Naturschutzrechtliche Prüfungen

Herr Vieth verwies abschließend darauf, unter dem Vorbehalt der Ergebnisse der noch nicht abgeschlossenen Wirtschaftlichkeitsprüfung auch alternative Standorte einzubeziehen. Nach den Sommerferien plane der BLB zur weiteren Intensivierung der Kommunikation mit der Öffentlichkeit die Errichtung einer gremienübergreifenden Internet-Plattform. Dort soll über einzelne Prüfergebnisse sowie über den Fortgang des Verfahrens fortlaufend informiert werden.

In der sich anschließenden politischen Aussprache wurden nachfolgende Punkte vertiefend erörtert:

- Zusammenwirken von BLB und Stadt Münster/gesetzlicher Rahmen
- Mögliche Alternativstandorte (Kaserne in Handorf keine BLB-Verfügungsfläche)
- Grundabwägungstatbestände gemäß Vorlage
- Das gemeindliche Einvernehmen mit der Stadt Münster wird angestrebt
- § 37 Bau GB als ultima ratio
- Flächen im Eigentum des BLB haben Priorität
- Grenzen des Haushaltsrechts

Herr Fastermann bedankte sich abschließend für den aktuellen Sachstand und verwies auf die noch ausstehenden Untersuchungen.

**Punkt 5.2 der Tagesordnung  
V/0369/2013****Stadtregionale Zusammenarbeit in der Stadtregion  
Münster: Rückblick, Sachstand und Perspektiven**

Der Ausschuss begrüßte den zeitgleich auch in den Umlandgemeinden beratenen Bericht und nahm positiv zur Kenntnis, das die interkommunale Zusammenarbeit sowie der Informationsaustausch frei von Konkurrenzen stattfindet.

Besondere Bedeutung komme der Mobilität im Allgemeinen und dem Radverkehr im Besonderen sowie die Einzelhandelsentwicklung in der Stadtregion zu.

Anschließend beantragte Herr Peters für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nachfolgende Protokollerklärung in die Niederschrift aufzunehmen:

***Mobilität in der Region als Zukunftsthema angehen – Mobilität für alle ermöglichen und sichern***

*Die Mobilität in der Region ist im Besonderen im ländlichen Raum eine Zukunftsaufgabe. Die Grundversorgung an Mobilität für alle muss ein garantiertes Grundrecht sein. Dieses gemeinsam für alle zu ermöglichen und zu sichern, ist Aufgabe aller Kommunen der Stadtregion. Hierbei ist vor allem der Ausbau der ÖPNV und des SPNV im Münsterland zu bearbeiten.*

*Neben der Reaktivierung der WLE zählen zu den Zukunftsaufgaben die Reaktivierung bzw. Einrichtung weiterer Strecken und Haltepunkte des Bahnverkehrs und weiterer Linien des Bus- und Schnellbusverkehrs. Diese Entwicklung muss in enger interkommunaler Abstimmung erfolgen.*

*Bei der Planung ist insbesondere das Handlungsfeld Radverkehr (hier im Besonderen: Einrichtung von Radschnellwegen) einzubeziehen, damit es zugunsten des nicht- motorisierten Individualverkehrs nicht zu konkurrierenden Angeboten kommt.*

Abschließend stimmte der Ausschuss der Berichtsvorlage - einschließlich beantragter Protokollerklärung – einstimmig zu.

**Beschlusstext:**

I. Sachentscheidung

1. Der Bericht über die Entwicklung der stadtreionalen Zusammenarbeit, den aktuellen Sachstand und die Perspektiven der stadtreionalen Zusammenarbeit wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Rat bekräftigt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit in der Stadtregion Münster und befürwortet deren Fortführung.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass in der Bürgermeisterrunde der Stadtregion Münster am 22.01.2013 ein Verbleib der Geschäftsführung für den Ansprechpartnerkreis bei der Stadt Münster über 2014 hinaus unter der Voraussetzung einer anteiligen Finanzierung vorgeschlagen wurde.
4. Der Rat beschließt, dass die Geschäftsführung für den Ansprechpartnerkreis vorbehaltlich einer anteiligen Finanzierung durch die mitwirkenden Gemeinden ab 2015 weiterhin von der Stadt Münster übernommen wird.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass über die Umsetzung konkreter Maßnahmen aus den einzelnen Handlungsfeldern gesondert entschieden wird.
6. Der Antrag A-R/0055/2010 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster (Anlage 1) ist damit zum Aufgabengebiet der stadtreionalen Kooperation erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen

Durch die vorstehenden Beschlüsse entstehen keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen.

In der politischen Debatte wurden nachfolgende Einzelmaßnahmen vertiefend erörtert:

- Dominikanerkirche
  - Mögliche künftige Nutzungen (Stadtmodell, möglicher Ersatz für Bürgersaal ...)
  - Voraussichtliche Kosten
  - Kein bestehender Umnutzungsbeschluss
  - Förderantrag rein vorsorglich, zeitlicher Vorlauf
- Windhorststraße/Bahnhofsviertel
  - Umbauerfordernisse
  - Ausstehendes abschließendes Votum des Vereins

Herr Schowe gab den Hinweis auf den erneut gestellten Antrag zur fortgesetzten Förderung des Verfügungsfonds „Münster Innenstadt“ (Wege, Plätze, touristische Beschilderung vereinheitlichen...) um drei weitere Jahre – hierzu liegt das positive Votum des Beirats für Stadtgestaltung vor.

Herr Schultheiß wies abschließend daraufhin, dass der Förderantrag zur Dominikanerkirche keine präjudizierende Wirkung für eine mögliche, künftige Nutzung bewirke. Die Politik werde im Herbst im Kontext aller möglichen, anderen Raumnutzungen ausreichend Gelegenheit zur Sachdiskussion erhalten.

Der Ausschuss stimmte der HA-Vorlage mit nachfolgender Protokollergänzung einstimmig zu:

Hinweis:

Die Vorlage V/0447/2013 wird mit der Maßgabe beschlossen, dass mit diesem Beschluss noch kein Projektbeschluss zu "Umbau und Umnutzung des Denkmal Dominikanerkirche" (vgl. Übersicht in Anlage 1 der Vorlage) gefasst worden ist. Gleichwohl kann der Antrag auf Städtebauförderung für das Projekt in 2013 von der Verwaltung gestellt werden.

**Beschlusstext:**

I. Sachentscheidung:

1. Der Sachstandsbericht 2013 zur Förderung von Stadterneuerungsprojekten in Münster (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Anträge auf Städtebauförderung für das Programmjahr 2014, wie in Kapitel 2 dieser Vorlage benannt, auf der Basis der vorhandenen Gebietsbezüge im Rahmen der Vorgaben und Anforderungen der Städtebau-Förderrichtlinien 2008 (FöRi 2008) zu stellen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für Förderanträge grundsätzlich Folgekosten entstehen werden:

- Die entsprechenden Auszahlungsermächtigungen sind über die jeweiligen Fachämter sicherzustellen. Bei Förderanträgen für sog. Dritte ist der Eigenanteil (bis auf den städtischen Mindestanteil von 10%) von diesen selbst aufzubringen.
- Die Fachämter sorgen darüber hinaus für die Veranschlagung im Haushaltsplan 2014 der Stadt Münster sowie ggf. bei den Mitteln für Dritte für eine entsprechende Veranschlagung der Erträge und Aufwendungen im jeweiligen Fachbudget.



- Die Darstellung der Haushaltsmittel für die einzelnen Förderprojekte erfolgt projektbezogen über die zuständigen Fachämter im Haushalt 2014, rechtzeitig vor Beschluss zum Haushalt 2014 über Veränderungsblätter zum Haushaltsplanentwurf.
- Die Förderquote, die dem Programmjahr 2014 zugrunde zu legen ist, beträgt für Münster 60% der zuwendungsfähigen Kosten für investive Maßnahmen.

Darüber hinaus wird zur Kenntnis genommen, dass mit dieser Vorlage noch keine Vorentscheidungen über die Bereitstellung von Haushaltsermächtigungen und letztlich die Durchführung der genannten Fördermaßnahmen getroffen werden. Hierüber entscheidet letztlich der Rat im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanes 2014 unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt der Beschlussfassung gegebenen Finanzlage der Stadt.

**Punkt 5.4 der Tagesordnung  
V/0293/2013**

**Sachstandsbericht 2013 zum Handlungskonzeptes zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2020 und Ergebnisse der Energie- und Klimabilanz 1990 - 2011**

Die Berichtsvorlage wurde einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt und soll erst nach Vorliegen der Stellungnahme des Klimabeirates erneut im ASSVW beraten werden.

**Punkt 5.5 der Tagesordnung  
V/0155/2013/1**

**Entwicklungsperspektiven für die Errichtung und Nutzung von Biogasanlagen im Stadtgebiet Münster**

Der Ausschuss begrüßte die Absicht der Verwaltung, Anlagen bis zu einer Feuerungswärmeleistung von 2 MW als privilegierte Anlagen gem. § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB einzustufen und diese im Stadtgebiet als Bestandteile land- oder forstwirtschaftlicher oder gartenbaubetrieblicher Anlagen einzustufen.

Darüber hinaus brachte der Ausschuss seine Sorge zum Ausdruck, Art und Menge der dort eingesetzten Biomassen könnten im Rahmen der jeweiligen Betriebsgenehmigungen nur schwer kontrolliert werden.

Die Verwaltung wurde daher gebeten, in Gesprächen mit der Bezirksregierung und der Landwirtschaftskammer nach einem Lösungsansatz zu suchen.

Herr Krause-Kämereit verwies in diesem Zusammenhang auf das Erfordernis der bauordnungs- und planungsrechtlichen Genehmigung einer Anlage. Diese beinhalten unter anderem Melde- und Nachweispflichten.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Vorlage zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss zu verweisen und bat auf Antrag der SPD-Fraktion um Aufnahme nachfolgender Erklärung zum Protokoll:

*„Die SPD-Fraktion begrüßt die in der Ergänzungsvorlage dargestellte Option für Biogasanlagen, die vornehmlich mit Wirtschaftsdünger betrieben werden. Sie unterstützt unser Ziel, die Energiewende und den Atomausstieg in Münster umweltfreundlich voran zu treiben.“*

*Wir erwarten von der Verwaltung, dass bei Anträgen auf vorhabenbezogene Bebauungspläne in diesem Sinne dem Vorhabenträger zur Auflage gemacht wird, zu Prüfzwecken die Lieferungen zu dokumentieren. Es wird geprüft, in wieweit die Prüfung in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer und/oder der Bezirksregierung durchgeführt werden kann.“*

**Punkt 5.6 der Tagesordnung  
V/0457/2013**

**Künftige Unterbringung der VHS; hier: Ausschluss und Vermarktungsfreigabe der Immobilie Wartburg-Hauptschule**

Die Ratsvorlage wurde ohne Aussprache einstimmig zur Beratung an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften verwiesen.

**Punkt 5.7 der Tagesordnung  
V/0333/2013**

**Quartiersentwicklung zwischen Eisenbahnstraße  
und Friedrichstraße**

Frau Philipp erinnerte anhand der Anlage 1 zur Vorlage an den 1. Preis des Städtebaulichen DASL-Wettbewerbs „Osttor zur Innenstadt“. Der ASSVW hat seinerzeit u.a. die vorgeschlagene Aufgabe der Verkehrsspanne zwischen Eisenbahnstraße und Friedrichstraße positiv bewertet. Auf dieser Basis möchte die Ev. Kirche - in Abstimmung mit der Stadt Münster – noch 2013 einen Realisierungswettbewerb zur gesamten Quartiersentwicklung mit dem Schwerpunkt „Kirche und Soziales“ ausloben. Mit der Vorlage / Anlage 2 wird ein Entwurf des Auslobungstextes zur Kenntnis gegeben.

Die Evangelische Kirche soll die Möglichkeit erhalten, nach Abriss des Paul-Gerhardt-Hauses (PGH / ca. 3000 qm Nutzfläche) ihre gemeinbedarfs- und sozial ausgerichteten Einrichtungen in einem Neubau auf städtischer Fläche an der Ecke Friedrichstraße / Wolbecker Straße zu errichten

Danach möchte die Ev. Erlöser-Kirchengemeinde in einem 2. Bauabschnitt die nördlichen freigezogenen Flächen ebenfalls mit der Zweckbestimmung „Kirche und Soziales“ (konkretes Raumprogramm steht noch aus) sowie einer in Teilen öffentlich nutzbaren Tiefgarage entwickeln. In diesem Zusammenhang werde die Eisenbahnstraße unter Einbeziehung einer zentralen Bushaltestelle aufgewertet (zusätzliche Rechtsabbiegespur vor Warendorfer Straße, verlängerte Busspur, Grünstreifen in Fahrbahnmitte).

Der Ausschuss bedankte sich bei Frau Philipp für die ausführlichen Erläuterungen und erörterte im Anschluss nachfolgende Aspekte der Planung vertiefend und bat um Berücksichtigung bzw. Prüfung:

- Sicherstellung der Erschließung der Ostseite des Quartiers
- Gestaltung des öffentlichen Raums
- Erhalt des „roten Bandes“
- Rückstaugefahr im Einmündungsbereich der Wolbecker Straße und Eisenbahnstraße
- Erreichbarkeit der Piusallee von der Eisenbahnstraße über Freiherr-vom-Stein-Platz
- Gewünschte Weiterführung des Radweges vom Bahnhof mit Anbindung an die Friedrichstraße
- Gewünschte Durchbindung der Busspur zwischen den Einmündungsbereichen von Wolbecker Straße und Warendorfer Straße
- Ausreichender Ersatz oberirdisch entfallender öffentlicher Stellplätze in Abstimmung mit dem Parkhaus Mauritzstraße
- Zusätzliche Behindertenparkplätze
- Besetzung des Preisgerichts

Der Ausschuss beauftragte die Verwaltung, in Gesprächen mit dem Auslober eine Erweiterung des Preisgerichts um den Bürgermeister der BV-Mitte sowie um den Vorsitzenden des ASSVW zu vereinbaren.

Die Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs sollen dem Ausschuss zur gegebenen Zeit zur Kenntnis gegeben werden.

**Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung:

- 1.) Das Quartier im Umfeld der Erlöserkirche zwischen Eisenbahnstraße und Friedrichstraße wird städtebaulich mit dem Nutzungsschwerpunkt „Kirche und Soziales“ neu entwickelt und gestaltet. Dabei wird die Aufgabe der Verkehrsspanne zwischen beiden Verkehrstrassen zugrunde gelegt.
- 2.) Die Evangelische Kirche erhält die Möglichkeit, nach geplantem Abriss des Paul-Gerhardt-Hauses (PGH) ihre gemeinbedarfs- und sozial ausgerichteten Einrichtungen in einem Neubau auf dem städtischen Grundstück Friedrichstraße / Ecke Wolbecker Straße zu errichten. Die frei werdende Grundstücksfläche zwischen Eisenbahnstraße und Friedrichstraße sowie Freiherr-vom-Stein-Platz wird in einem 2. Bauabschnitt mit vorrangig kirchlichen und sozialen Einrichtungen neu bebaut.
- 3.) Die städtebaulichen, nutzungsstrukturellen und gestalterischen Grundlagen für die Quartiersentwicklung werden im Rahmen eines von der Evangelischen Erlöser-Kirchengemeinde auszulobenden begrenzten Realisierungswettbewerbs nach RAW 2004 erarbeitet.  
Das Wettbewerbsergebnis wird dem Rat der Stadt Münster vorgestellt.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Auslobung eines begrenzten Wettbewerbs durch die Ev. Erlöser-Kirchengemeinde entstehen für die Stadt Münster keine Kosten.

Eine endgültige Zuteilung öffentlicher Verkehrs- und Platzflächen bzw. privater Grundstücks- und Freiflächen kann erst auf Basis des Wettbewerbsergebnisses erfolgen.

In der nichtöffentlichen Beschlussvorlage V/0352/2013 - die parallel mit dieser Vorlage in den politischen Gremien beraten wird - werden die beabsichtigten liegenschaftlichen Verhandlungsgrundlagen für eine Neuordnung künftiger Grundstücksflächen dargestellt.

Künftige kostenverursachende Maßnahmen im öffentlichen Raum (Anpassung öffentliche Verkehrsflächen / Gestaltung von Plätzen/Freiräumen) hängen von der konkreten Umsetzung des ausgewählten städtebaulichen Konzeptes ab.

### **Punkt 5.8 der Tagesordnung V/0177/2013**

### **Ankauf der Grundstücke im Bereich der York-Kaserne, Albersloher Weg 450 in Münster-Gremmendorf**

Die FDP-Ratsfraktion beantragte die Ergänzung des Beschlussvorschlags zu Punkt 1 wie folgt (fett-kursiv):

1. Die Stadt Münster beauftragt die Wohn+Stadtbau GmbH (W+S) die Grundstücke im Bereich der York-Kaserne, Albersloher Weg 450 in Münster-Gremmendorf zu erwerben. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Finanzierung des Grundstücksankaufs ausschließlich durch die W+S erfolgt. **Der W+S wird empfohlen, einen Teil der so erworbenen Flächen an in Münster ansässige Wohnungs-Genossenschaften / Bauherrengruppen / Baugemeinschaften weiterzuveräußern, damit auch diese die Gelegenheit erhalten, dort Wohnraum zu schaffen.**

2 - 4 (...)

Der Ausschuss stimmte zunächst dem eingebrachten Änderungsantrag und dann der so geänderten Vorlage einstimmig zu.

### **Ergänzter Beschlusstext:**

#### I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster beauftragt die Wohn+Stadtbau GmbH (W+S) die Grundstücke im Bereich der York-Kaserne, Albersloher Weg 450 in Münster-Gremmendorf zu erwerben. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Finanzierung des Grundstücksankaufs ausschließlich durch die W+S erfolgt. Der W+S wird empfohlen, einen Teil der so erworbenen Flächen an in Münster ansässige Wohnungs-Genossenschaften / Bauherrengruppen / Baugemeinschaften weiterzuveräußern, damit auch diese die Gelegenheit erhalten, dort Wohnraum zu schaffen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung und die W+S, mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) über den Erwerb der York-Kaserne unter Berücksichtigung der am 07.11.2012 (Vorlage V/0579/2012) beschlossenen Einleitung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme zu verhandeln.
3. Die Geschäftsführung der W+S hat bei wichtigen Entscheidungen, die im Sinne von Richtungsentscheidungen im Zusammenhang mit dem Erwerb und der späteren Verwendung der Grundstücke stehen, die Zustimmung des Rates der Stadt Münster (als Organ der Alleingesellschafterin der W+S) einzuholen.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Zuständigkeit für die städtebauliche Planung und Entwicklung der Konversionsflächen der Aufgabengliederung entsprechend der Planungsverwaltung in Rückkoppelung zum zuständigen Fachausschuss, dem ASSVW obliegt. Zum Verfahren wird die Verwaltung nach Abschluss der Beteiligungsforen eine gesonderte Vorlage zur Beschlussfassung vorlegen.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Unmittelbare Auswirkungen auf den städtischen Haushalt ergeben sich nicht.

<b>Punkt 6 der Tagesordnung</b>	<b>Stadtplanung</b>
---------------------------------	---------------------

<b>Punkt 6.1 der Tagesordnung V/0363/2013</b>	<b>Bebauungsplan Nr. 550: Coerde - Volbachweg / Wesselerweg Kenntnisnahme des Entwurfs</b>
---	--

Der Ausschuss nahm den B-Planentwurf Coerde – Volbachweg / Wesselerweg zustimmend zur Kenntnis.

<b>Punkt 6.2 der Tagesordnung V/0354/2013</b>	<b>Bebauungsplan Nr. 556: Angelmodde - Schlesien- straße / Ostpreußenstraße Kenntnisnahme des Entwurfs</b>
---	--

Der Ausschuss nahm den B-Planentwurf Angelmodde – Schlesienstraße / Ostpreußenstraße zustimmend zur Kenntnis und bat auf Antrag der SPD-Fraktion um Aufnahme des Planzeichens „Spielplatz“ in die öffentliche Fläche.

<b>Punkt 6.3 der Tagesordnung V/0353/2013</b>	<b>Bebauungsplan Nr. 552: Gremmendorf - Wiegand- weg Kenntnisnahme des Entwurfs</b>
---	---

Der Ausschuss nahm den B-Planentwurf Gremmendorf – Wiegandweg mit der von der SPD-Fraktion beantragten nachfolgenden Änderung des Entwurfs zustimmend zur Kenntnis.

Für den „Bereich 2“ werden textliche Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1, Nr.: 7 und 8 gemacht, mit dem Ziel, dass dort Wohnraum für Familien entsteht, der mit Wohnungsbaufördermitteln gefördert werden kann. Die textlichen Festsetzungen, kartografischen Darstellungen und die Begründungen werden entsprechend angepasst.

Begründung:

Nach dem Planentwurf soll im Baugebiet Wiegandweg durch zusätzliche Innenentwicklung Wohnraum in 27 Wohneinheiten entstehen (WE) entstehen, davon 10 WE im Neubau. Um ein gut gemischtes Quartier zu erreichen und dem dringenden Bedarf an preisgünstigem Wohnraum, insbesondere für Familien, zu entsprechen, werden im Bebauungsplan entsprechende Festsetzungen gemacht. So kann ein angemessener Anteil von knapp 30 Prozent an gefördertem Wohnraum entstehen.

**Punkt 6.4 der Tagesordnung                      neu! Brunnenweg - aktueller Stand**

Auf Antrag der GAL-Fraktion wurde der TOP neu in die Tagesordnung aufgenommen.

Herr Lohaus erläuterte anhand des vorab an den Ausschuss versandten Vermerks vom 01.07.2013 den aktuellen Stand der Genehmigungen zu den Bauvorhaben ...

- Kleikamp 3a
- Weidenweg 17
- Weidenweg 27
- Kappenberger Damm 221

im Brunnenviertel.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis und bat abschließend die Verwaltung um Erstellung einer Gesamtübersicht der Genehmigungssituation im Plangebiet sowie und zeitnahe Vorstellung im Ausschuss.

**Punkt 7 der Tagesordnung                      Verkehr**

**Punkt 7.1 der Tagesordnung                      Finanzielle und personelle Bedarfe zur Fortführung  
V/0377/2013                      des Verkehrssicherheitsprogramms 2014 - 2017**

Die Vorlage wurde ohne Aussprache einschließlich der ergänzenden Hinweise vom 26.06.2013 an den Hauptausschuss verwiesen.

**Punkt 7.2 der Tagesordnung                      Neubau Eisenbahnüberführung Heroldstraße -  
V/0368/2013                      Aufhebung des BÜ Galgenheide**

Herr Witt erläuterte die Vorlage zur Aufhebung des niveaugleichen Bahnübergangs Galgenheide gemäß Aufhebungswunsch der DB Netz AG. Diese Funktion soll die geplante, barrierefreie Bahnunterführung im Zuge der verlegten Heroldstraße übernehmen. Die Verwaltung sehe keine gravierenden Gründe, die gegen eine Aufhebung sprechen.

In der anschließenden Debatte wurden nachfolgende Aspekte diskutiert:

- Der Bahnübergang Galgenheide bildet einen festen Bestandteil der Fahrradrouten mit dem Umland
- Herr Peters verwies auf die ablehnende Beschlusslage der BV-West

Die SPD-Fraktion stellte nachfolgenden Änderungsantrag:

Der Ausschuss möge beschließen:

Aus Sicht der Stadt Münster sprechen gravierende Gründe gegen eine von der DB Netz AG geplante Aufhebung des Bahnübergangs Galgenheide. Insbesondere aufgrund :

- der über den Bahnübergang verlaufenden wichtigen regionalen und überregionalen Radwegerouten
- der perspektivisch weiteren Entwicklung des Gebietes

Das städtische Einvernehmen ist daher nicht zu erteilen.

Der Ausschuss stimmte der so geänderten Vorlage gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie der Gruppe Die Linke mehrheitlich zu – kein städtisches Einvernehmen zur geplanten Aufhebung des BÜ Galgenheide durch die DB Netz AG.

**Punkt 7.3 der Tagesordnung                      Planung zum Neubau des DB-Haltepunktes Roxel  
V/0422/2013**

Der Ausschuss stimmte der Vorlage ohne Aussprache einstimmig zu.

**Beschlusstext:**

I. Sachentscheidung:

1. Dem verkehrstechnischen Entwurf vom Mai 2013 zum Bau des Haltepunktes Roxel (Anlage 1) wird zugestimmt.
2. Der Antrag der CDU-Fraktion im Rat vom 14. Juni 2012 (Anlage 2) ist mit dieser Vorlage erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die erforderlichen Mittel stehen im Teilfinanzplan nachstehender Produktgruppe wie folgt zur Verfügung:

<b>Teilfinanzplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und –anlagen			
Investitionsmaßnahme	4164	Roxel Haltepunkt DB, Bp 487			
Auszahlungen			2014	<b>630.000</b>	
Einzahlungen			2014	<b>567.000</b>	Landeszuwendungen werden in Höhe von 90 % erwartet
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./.. Auszahlungen)				- 63.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2014 bei der o. g. Produktgruppe veranschlagt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2014 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Als Folgekosten fallen Unterhaltungskosten in Höhe von ca. 6.300 €/Jahr (1 % der Baukosten pro Jahr) sowie Abschreibungen über einen Zeitraum von 50 Jahren an.

**Punkt 7.4 der Tagesordnung  
V/0292/2013**

**Programm "Verbesserungen an Haltestellen" für  
2014/2015**

Im Rahmen der Debatte wurden nachfolgende Aspekte angesprochen:

- Baubeschlüsse nicht vor 2015
- Neuer Nahverkehrsplan in der Erarbeitung
- Ausstehendes Votum der Kommission zur Integration von Menschen mit Behinderungen einbeziehen

Die SPD-Fraktion beantragt Änderungen bei nachfolgenden Einzelmaßnahmen:

Der Planungsausschuss möge beschließen:

1. Die Maßnahmen an der Münsterstraße (Haltestellen Ehrenmal, Sültemeyer/Klostermann und Kurhaus) werden für eine Aufnahme in das Programmjahr 2015 vorbereitet.
2. Beim Umbau der Haltestelle Münsterstraße ist der Haltestellenstandort um ca. 20 m in Fahrtrichtung Münster zu verlegen.
3. Der Umbau der Haltestelle Inselbogen (Kappenberger Damm) ist ebenfalls für eine Aufnahme in das Programmjahr 2015 vorzubereiten.

Begründung:

Zu 1: In unmittelbarer Nähe zur Haltestelle Münsterstraße befindet sich das Achatiushaus. Außer der Pflege für Senioren wird auch für jüngere pflegebedürftige Menschen ein spezielles Angebot vorgehalten. In direkter Nachbarschaft zum Achatiushaus befinden sich 23 Servicewohnungen für Seniorinnen und Senioren. Auch die hier wohnenden Menschen sind in ihrer Mobilität häufig eingeschränkt. Für das Jahr 2014 ist mit der Fertigstellung weiterer barrierefreier Wohneinheiten zu rechnen, die auf dem Gelände in Verbindung mit dem projektierten Neubau des katholischen Kindergartens St. Nikolaus Wolbeck errichtet werden.

Mit der Umgestaltung der Münsterstraße ist ab dem Jahr 2015 zu rechnen. Zeitgleich sollen auch die Umbaumaßnahmen für barrierefreie Bushaltestellen erfolgen. Daher ist eine vorbereitende Planung für das Programmjahr 2015 sinnvoll.

Zu 2: Die Haltestelle Ehrenmal in Fahrtrichtung Münster befindet sich unmittelbar im Bereich der Einfahrt zum Achatiushaus und Kindergarten. Während des Haltevorgangs blockieren vor allem Gelenkbusse die komplette Einfahrt. In Notfällen können Rettungsfahrzeuge das Gelände nicht erreichen. Mit der Umbaumaßnahme sollte deshalb auch eine Verlegung der Haltestelle ca. 20 Meter in Fahrtrichtung Münster (in Höhe des Hauses Nr. 26 und Sparkasse) vorgesehen werden.

Zu 3: Die Haltestelle Inselbogen auf dem Kappenberger Damm ist in einem schlechten Zustand. Zugleich ist es die einzige mit einer Wartehalle ausgestattete Umsteigehaltestelle auf dem Kappenberger Damm. Zusammen mit der hohen Fahrgastzahl ergibt sich daher der Bedarf für einen zügigen barrierefreien Umbau.

Abschließend stimmte der Ausschuss einstimmig zunächst dem SPD-Änderungsantrag und dann der so geänderten Vorlage zu.

### Beschlusstext:

#### I. Sachentscheidung:

1. Die Haltestellenstandorte für den barrierefreien Umbau von Haltestellen werden entsprechend der Prioritätenliste vom 10.05.2013 für die Jahre 2014/2015 festgelegt.
2. Die Haltestellenstandorte (lfd. Nr. 1-12) werden für das Programm „Verbesserungen an Haltestellen 2014“ angemeldet.
3. Für die Haltestellenstandorte (lfd. Nr. 13-22) werden die Planungen aufgenommen und für das Programm 2015 vorbereitet.

#### II. Finanzielle Auswirkungen:

<b>Teilergebnisplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2014	356.250	§12 ÖPNVG 10 Hst. á 75%
Zeile	06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2014	56.250	§11 II ÖPNVG: Max. Betrag pro Jahr
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2014	550.000	
<b>Ergebnis/Saldo</b>				<b>137.500</b>	

Die Maßnahmen sind förderfähig nach §12 ÖPNVG bzw. können aus der ÖPNV-Pauschale gem. §11 II ÖPNVG refinanziert werden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahmen unter dem Vorbehalt stehen, dass Fördermittel durch das Land bewilligt werden und die Ausgabemittel der Stadt durch den Rat im Rahmen der Haushaltsatzung 2014 bereit gestellt werden.

#### **Punkt 7.5 der Tagesordnung V/0473/2013**

#### **Regelung zum Reisebusparken in der Vorweihnachtszeit**

Die Vorlage wurde ohne Aussprache an den Hauptausschuss verwiesen.

#### **Punkt 7.6 der Tagesordnung V/0051/2013**

#### **Querungshilfe in Höhe Idenbrockweg / Eimermacherweg zur Aufgabe des Zweirichtungsradweges auf der westlichen Westhoffstraße**



Der Ausschuss stimmte der Vorlage ohne Aussprache einstimmig zu.

**Beschlusstext:**

I. Sachentscheidung:

Zur verkehrssicheren Führung des Radverkehrs wird der Errichtung einer Mittelinsel auf der Westhoffstraße in Höhe Idenbrockweg / Eimermacherweg zugestimmt.

Nach Umsetzung der Maßnahme wird der westliche Zweirichtungsradweg als richtungsgebundener Radweg ausgewiesen und die bisherige Auffahrtsmöglichkeit über den Gehweg in Höhe Idenbrockweg / Eimermacherweg mittels Umlaufsperrung unterbunden.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die erforderlichen Mittel stehen im Teilfinanzplan nachstehender Produktgruppe zur Verfügung.

<b>Teilfinanzplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und Anlagen	2013	50.000	
Investitionsmaßnahme	4138	Westhoffstr. / Kristiansandstr. / Am Burloh / Ew HZ			
Auszahlungen	8	Auszahlung von Baumaßnahmen			
Summe aller Auszahlungen/Saldo				<b>50.000</b>	

Folgekosten: keine

**Punkt 7.7 der Tagesordnung V/0336/2013                      Einsatz von Restrotanzeigen (Count-Down-Anzeigen) an Lichtsignalanlagen**

Die Vorlage wurde einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

**Punkt 7.8 der Tagesordnung V/0341/2013                      Schmittingheide - Anregung nach § 24 GO NRW vom 27.06.2012 (Ifd. Nr. 77/2012)**

Der Ausschuss stimmte der Vorlage ohne Beratung einstimmig zu.

**Beschlusstext:**

I. Sachentscheidung:

1. Der Anregung nach § 24 GO NW (Ifd. Nr. 77/2012) zur Beseitigung der Bodenschwelle auf der Straße Schmittingheide wird nicht gefolgt.

**Punkt 8 der Tagesordnung                      Bauvorhaben**

**Punkt 8.1 der Tagesordnung****Hüfferstraße/Ecke Rishon-Le-Zion-Ring**

Herr Thielen erläuterte das geplante Bauvorhaben der AS-Wohnbau im Einmündungsbereich der Hüfferstraße in den Rishon-Le-Zion-Ring (Architektur: Maas und Partner).

Geplant ist eine Wohn- und Geschäftsbebauung in einer Größenordnung von ca. 130 – 140 Appartements sowie 32 Wohneinheiten für Familien. Die Appartements verteilen sich auf eine L-förmige Baustruktur entlang der Hüfferstraße und des Rings während das familienorientierte Wohnen im rückwärtigen Bereich durch zwei weitere Baukörper realisiert werden soll.

Im Bereich der Hüfferstraße ebenfalls bisher vorgesehen ist ein Biosupermarkt in der Größe von ca. 700 qm. Die erforderlichen Stellplätze werden in einer Tiefgarage nachgewiesen.

Im Einmündungsbereich der Hüfferstraße orientiert sich das Vorhaben in seiner Höhenentwicklung an der gegenüber liegenden, bestehenden Eckbebauung (Torbildung).

Die geplante Baustruktur orientiert sich um eine halböffentliche Hofsituation im Zentrum und soll von der Hüfferstraße erschlossen werden. Das Grundstück soll im Bereich des L-förmigen Apartmentgebäudes gegenüber dem Straßenraum (Ring) abgegrenzt werden.

Nach weiterer Überarbeitung des Entwurfs wird das im Grundsatz positiv bewertete Vorhaben erneut den Gremien vorgestellt.

Empfehlung des Beirats für Stadtgestaltung:

Der Beirat begrüßt grundsätzlich das Projekt an dem Standort Hüfferstr./Rishon-Le-Zion-Ring mit folgenden Konkretisierungswünschen, -aspekten:

- Zwischen den straßenbegleitenden beiden Baukörpern an der Hüfferstraße sollte eine klare Fuge geschaffen werden.
- Für die Bebauung im Eckbereich Hüfferstr./Rishon-Le-Zion-Ring erscheint eine Ausführung mit 7 Geschossen vorstellbar.
- Das Staffelgeschoss an der Hüfferstraße sollte präziser ausgestaltet werden.
- Der geplante Durchgang von der Hüfferstraße sollte II-geschossig oder als Fuge über die gesamte Höhe ausgeführt werden.

**Punkt 8.2 der Tagesordnung****Einsteinstr. 28 - Neuerrichtung MFH nach Bestandsabriss**

Herr Lohaus erläutert den zwischenzeitlichen Überarbeitungsstand der Planung und verweist auf die derzeitige Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens (Baugrenzen, Abstandsflächen, Höhenentwicklung).

Der Ausschuss stuft die vorgestellte Planung dennoch als wenig aussagekräftig ein (Massenmodell) und bittet das Bauordnungsamt, auf den Investor/Architekten im Sinne der Empfehlungen des Beirates erneut einzuwirken und das Vorhaben im kommenden Ausschuss erneut vorzustellen.

Empfehlung des Beirats für Stadtgestaltung:

Der Beirat für Stadtgestaltung empfiehlt eine Überarbeitung der vorgestellten Planung in folgenden Punkten:

- Der Baukörper sollte klarer ausgestaltet werden.
- Der V-geschossige Baukörper sollte im Hinblick auf die III-geschossige Bebauung des benachbarten Giebelhauses Einsteinstr. 26 im rechten Bereich auf drei Vollgeschosse reduziert werden. Damit wird dann auch eine klare Fuge zu dem Giebelhaus geschaffen.
- Die Balkone sollten zugunsten einer klareren Form reduziert werden.

Der Gestaltungsbeirat bittet Prüfung, ob das Erdgeschoss wie beim Gebäude Einsteinstr. 26 als Hochparterre ausgebildet werden kann, um eine Synchronität der Geschosse mit der Nachbarbebauung zu erzielen.

<b>Punkt 8.3 der Tagesordnung</b>	<b>Koldering 59 - Abbruch und Neubau eines Studentenwohnheims</b>
-----------------------------------	---

Herr Fastermann verwies eingangs auf ein Schreiben des Internationalen Studentenheime e. V. vom 24.06.2013, in dem für eine rasche Genehmigung des Vorhabens angesichts der aktuellen Knappheit studentischen Wohnraums geworben wird. Das Schreiben lag dem Ausschuss nicht vor und wird im Nachgang zur Sitzung an die Mitglieder versandt.

In Anwesenheit des Bauherrn H. Vollmer diskutierte der Ausschuss nachfolgende, unterschiedliche Aspekte des Bauvorhabens:

- Reduzierte Bautiefe auf 16 Meter
- Verblendfassade
- Grundrißüberarbeitung
- Zurücknahme der Farbigekeit – Balkone
- Keine Inanspruchnahme von Fördermitteln
- Keine Barrierefreiheit für behinderte Studierende

Nach eingehender, teilweise intensiver Debatte beschloss der Ausschuss auf Antrag der FDP-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, die notwendigen Befreiungen zur Genehmigung des Bauvorhabens zu erteilen.

<b>Punkt 9 der Tagesordnung</b>	<b>Verschiedenes</b>
---------------------------------	----------------------

<b>Punkt 9.1 der Tagesordnung V/0427/2013</b>	<b>Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - Bestandsaufnahme zu Standards und Richtlinien (Auszug Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft)</b>
---	--

Die Vorlage wurde einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

<b>Punkt 9.2 der Tagesordnung V/0415/2013</b>	<b>Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 1. Projektbericht zur Umsetzung (Auszug Ausschuss für Stadt-</b>
---	---

**planung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft)**

Die Vorlage wurde einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 20:40 Uhr

Thomas Fastermann  
Vorsitz

Thomas Schulze Schwienhorst  
Schriftführung